

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage um 4½ Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Reg. Postanstalten angenommen.

# Danziger



Organ für West- und Ostpreußen.

## Amtliche Nachrichten.

Nachdem mit Allerhöchster Genehmigung die Rendantur des Staats-Schatzes mit der General-Staatskasse verbunden worden, sind alle an die genannte Rendantur direkt abzuführenden Gelder von jetzt an im Volksatz der General-Staatskasse zu zahlen, und wird von dem Vorstande der letzteren unter Beibehaltung der Firma der Rendantur des Staats-Schatzes darüber quittiert werden. Ebenso werden alle der Rendantur des Staats-Schatzes obliegenden Zahlungen künftig durch die General-Staatskasse geleistet werden.

Berlin, den 7. April 1859.

Die Verwaltung des Staats-Schatzes.

Der Staats-Minister.  
vom Auerswald.

Der Finanz-Minister.  
von Patow.

## (W.T.B.) Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Paris, Donnerstag 7. April. Heute Mittag 1 Uhr hat die erste Konferenz-Sitzung, die Donaufürstenthümer-Frage betreffend, stattgefunden.

## Landtags-Verhandlungen.

### Haus der Abgeordneten.

(32. Sitzung den 7. April.\*)

Präf. Graf Schwerin eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. — Am Ministerium: Simons, v. Patow, Graf Pückler, v. Bethmann-Hollweg; als Regierungscommissarien fungieren Geb. Justiz-Rath Friedberg (für das Justiz-Ministerium) und Geb. Rath Prof. Richter (für das Cultus-Ministerium). — Die Tribünen sind schon früh nicht gefüllt, namentlich sind ungewöhnlich viel Damen anwesend. Mitglieder des Herrenhauses finden sich im Laufe der Sitzung zahlreich ein. — Das Haus tritt sofort in die Beratung des Ehegesetzes ein. Der zuerst eingeschriebene Redner, Abg. v. Kroisigk, ist nicht anwesend, als ihm der Präf. das Wort ertheilt (Heiterkeit); Abg. v. Brandenburg erhält das Wort gegen den Gesetzentwurf. Bereits seit 1835 seien auf Befehl des Hochseligen Königs Bemühungen angewandt worden, dem erwachenden Gewissen der Kirche in dem Widerstreit zwischen dem Gesetz, dem preußischen Landrecht und dem protestantischen Kirchenrecht zu Hilfe zu kommen; jetzt nach beinahe 30 Jahren strande man mit diesen Bemühungen bei der Civilehe. Es falle auf, daß die gegenwärtige Gesetzesvorlage, welche vom Justiz- und vom Cultusminister vereinigt eingebracht wurde, dem sittlich-religiösen Prinzip, was die Scheidung betreffe, weniger Rechnung trage, der kirchlichen Praxis und dem kirchlichen Bedürfnis weniger entspreche, als der früher vom Justizminister allein eingebrachte Gesetzentwurf; dazu komme nun noch, daß der Cultusminister zugleich die Civilehe befürworte. Art. 19 der Verfassungsurkunde bestimme, daß die Civilehe eingeführt werden solle, ordne aber zugleich die allgemeine Einführung des Civilstandsregister an; wie komme es dann, wenn man sich für die Einführung der Civilehe auf diesen Artikel der Verfassung berufe, daß nicht zugleich die allgemeine Einführung des Civilstandsregister vorgeschlagen werde?

Der Grund, aus welchem die Comm. sich gegen die Einführung der obligatorischen Civilehe anspreche (der Redner liest die betreffende Stelle aus dem Comm.-Bericht vor), nämlich das Widerstreben, welches im Volke gegen diese Einrichtung vorhanden sei, sei unzweifelhaft richtig. Dies sei bei der Beratung der Verfassung durch eine Menge Petitionen bewiesen, und wenn gegenwärtig weniger Petitionen gegen die Civilehe eingingen, so dürfe man daraus nicht schließen, daß das Volksbewußtsein jetzt ein anderes sei; ihm (dem Redner) seien zahlreiche Petitionen gegen die Civilehe zugegangen, die er auf den Tisch des Hauses hiermit niedergelegt, eine mit 60, eine mit etwa 800 Unterstrichen, und, wie er aufrichtig vernommen, sollten noch einige 1000 nachfolgen (Heiterkeit rechts) Unterschriften nämlich. Er müsse protestieren gegen den Versuch, die geheiligte Uebung der kirchlichen Trauung nicht mehr statt finden zu lassen (Murren rechts). Das Interesse des christlichen Staates verlange die kirchliche Trauung; wenn die Regierung und ihre Anhänger die Bestimmung der Verfassung selbst nicht vollständig zur Ausführung brächten, indem von der allgemeinen Einführung des Civilstandsregister im Gesetzentwurf keine Rede sei, so habe man auch kein Recht von ihm (Redner) und seiner Partei soviel Verfassungsstreue zu verlangen, daß sie in die Einführung der Civilehe willigten. Art. 19 der Verfassung beruhe auf der Theorie der Trennung von Staat und Kirche; die Verbindung von Staat und Kirche sei aber ein hohes Gut. Namentlich auf dem Gebiete der Ehe habe der Staat an dieser Verbindung ein großes Interesse; denn die Ehe sei eine göttliche Institution, die älter sei als Staat und Kirche selbst. Die Ehe beruhe wunderbarer Weise auf Familie, Staat und Kirche: der christliche Staat müsse daher die Heiligung der Ehe auf diesen drei Gebieten verlangen, sonst verliere er seinen religiösen Inhalt überhaupt. (Der Redner verliest eine Stelle aus einem Schriftsteller, den er als „keinen Pietisten“ bezeichnet, in welcher es unter Anderen heißt: wenn man eine Ehe ohne kirchliche Sanction zulasse, so habe das ganze Leben keine Religion). In

\* Bei der großen Wichtigkeit der Debatten über das Ehegesetz werden wir die Reden der hervorragendsten Mitglieder in möglichster Ausführlichkeit bringen und brechen daher den heutigen Bericht nach der Rede des Abgeordneten Mathis ab. Nach demselben sprachen in der gestrigen Sitzung noch die Abg. v. Mallindrodt, v. Brittwitz, Graf Renard (Lechterer äußerte unter dem Beifall der Linken und Bösch. der Rechten „er werde sich solches Gesetzes schämen“), Wachler, v. Wedell, Rönne, v. Bonin (Stolpe), v. Ammon, Reichenberger (Cöln). — Der Präsident Graf Schwerin erklärte am Schlus, es wären nach eifl Redner eingeschrieben und würde am allgemeine Discussion wohl noch die nächste Sitzung (heute, Freitag) ausfüllen.

Preis pro Quartal 1 R. 15 Gr., auswärts 1 R. 20 Gr.  
Infektionsgebühr 1 Gr. pro Bettzelle oder deren Raum.  
Inserate nehmen an: in Danzig die Expedition (Gerbergasse 2),  
in Leipzig Heinrich Hübner.

# Zeitung

Organ für West- und Ostpreußen.

Preußen seien Staat und Kirche enger verbunden, als in andern Staaten; der angeblich vorhandene Gegensatz zwischen Staat und Kirche werde nicht gehoben, wenn der Staat das ignorire, was die Kirche verlange. (Der Redner liest eine Stelle aus dem Kirchenrecht von Richter vor, in welcher der Verfasser sich gegen die Civilehe ausspricht.)

Die Gründe für den Entwurf zerfielen hauptsächlich in drei Theile: Als ersten Grund gebe man die Trauungsweigerungen der Geistlichen an. Diese Trauungsweigerungen müßten vom kirchlichen Standpunkt aus anders betrachtet werden, als vom staatlichen. Die Geistlichen müßten dem göttlichen Gebete mehr gehorchen als dem menschlichen; dies habe schon Luther ausgesprochen (der Redner liest die betreffende Stelle aus Luthers Werken vor). Diese Weigerungen beruhten auf dem berechtigten Fundament, daß die Scheidung an sich nur aus kirchlichen Gründen zulässig sei, und dann dürfe die Wiederverheirathung nur für den unschuldigen Theil gefordert werden. Ein Conflict sei gar nicht vorhanden; dieser angebliche Conflict sei nur daher entstanden, daß eine Anzahl Menschen sich dem Gebot der Kirche nicht unterwerfen wolle. Wenn aber jetzt der Staat die Wiederverheirathung innerhalb der Kirche verlange, so sei das eine Provocation gegen die Kirche. (Der Redner liest eine Stelle aus einem Artikel der Nationalzeitung vor.) Der Staat dürfe nicht das ganze Institut der Ehe in den freien Willen segen! er müsse mit seiner Rechtshilfe nur auf seinem Gebiete bleiben und dürfe sich durch die Einführung der Civilehe keine Verachtung des Gottesdienstes und der Religionsgebräuche zu Schulden kommen lassen. Dies habe auch der Oberkirchenrat in seinem Erlaß vom 11. Februar 1856 anerkannt. (Der Redner liest die betreffende Stelle aus diesem Erlaß vor.)

Der Redner kommt auf die Trauungsweigerungen zu sprechen und vertheidigt die Geistlichen, welche ihrer Pflicht gemäß handeln. Auch die Rücksichten, welche vom Standpunkte des Gesetzes aus auf die Verhältnisse der Dissidenten genommen werden, seien nicht stichhaltig. Dann aber sei noch ein anderer Punkt zu erwägen, nämlich ob die Ehe zwischen Juden und Christen zulässig sei. Das Obertribunal erachtete solche Ehen für unzulässig, auch die Commission habe diesen Punkt nicht aufgeliert. Man müsse aber im Lande wissen, was Rechtens sei. Er richte deshalb die dringende Bitte an die Regierung, daß dieser Punkt genau und vollständig aufgeklärt werde.

Endlich habe man sich auf Länder, namentlich auf England, berufen; diese Berufung passe aber nicht, da in England die Verhältnisse ganz anders seien als bei uns. Dort besthe eine strenges Scheidungsrecht, und von Trauungsweigerungen sei keine Rede. (Der Redner theilt statistische Data über die Zunahme der Civil- und der kirchlichen Ehen von 1841 bis 1856 in England mit.) Diese Erfahrungen habe man bei uns noch nicht gemacht. — Die Gesetzesvorlage sei ein Schwamm mit Eßig, welche der Staat der Kirche reiche; sie sei ein Risiko in das wunderbare Gewölbe der Verbindung von Staat und Kirche. Er, der Redner, wolle diesen Eßig nicht reichen, und an diesem Risiko keinen Theil haben. Wer aber noch zweifelhaft sei, der möge bei den edlen Frauen Preußens anfragen; (große Heiterkeit; anhaltendes Gelächter der Damen auf den Tribünen) diese würden gewiß einstimmig die Civilehe verwerfen.

Der Präsident theilt mit, daß eine sehr große Reihe Redner sich zum Worte gemeldet; bei der Wichtigkeit des Gegenstandes sei es wünschenswerth, jedem Redner bei der allgemeinen Discussion das Worte zu gestatten; er werde daher die Redefreiheit so weit wie möglich walten lassen; er hoffe dagegen aber auch, daß man Vorlesungen in dem Maße, wie sie der Vorredner vorgenommen, unterlässe. (Bravo!)

Abg. Matthijs (Barmin). Er stimme aus voller Überzeugung für die Gesetzesvorlage wie sie aus der Commission hervorgegangen. Dennoch stimme er nicht mit Freuden dafür; er befasse die Notwendigkeit, welche das Gesetz hervorgerufen habe. Der zu beklagende Conflict sei nun nicht entstanden, wie man irrt angenommen habe, durch die Bestrebungen einiger hierarchischen Geistlichen; schon vor 30 Jahren sei der Streit aus der Gewissenhaftigkeit einiger sehr strengen Geistlichen hervorgegangen. So wenig er die Berechtigung dieser Geistlichen hierzu anerkenne, so wenig könne er sie tadeln. Die Auffassung der Ehe sei eine zwiefache. Während der eine Theil die Ehe als Sacrament und kirchliches Institut auffasse, sehe ein anderer sie als Fundamentalinstitut in der bürgerlichen Gesellschaft an. Innerhalb dieser Auffassung gebe es noch eine ideale Auffassung, nach der der Staat nur die Sittlichkeit im Institute der Ehe zu schützen habe. Diese mehr ideale Auffassung sei die dies Landrechts. Er sei weit entfernt, den Verfassern des Landrechts einen Vorwurf zu machen; sie seien eben Kinder ihrer Zeit gewesen. Welche Auffassung die selbe gehabt, würden zwei Beispiele lehren. Das Landrecht gestattet Ehen zu linken Hand.

Der damalige Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches, welcher nicht publicirt worden, gestatte solche Ehen, allen Beamten und Leuten in ähnlicher Stellung, die ihrer Vermögensverhältnisse wegen keine rechte Ehe schließen können, und gestatte ferner die Trennung solcher Ehen, so bald der Chemann zu Vermögen gekommen. Heute wäre ein solches Gesetz eine Unmöglichkeit. Dann sei nach dem Landrecht eine Ehe, die eine Militärperson ohne Consens seiner Vorgesetzten geschlossen, nichtig; hier würde also das Verhältnis zum Kriegsheere höher geachtet, als das gesetzliche. Darum glaube er, daß ein diese Bestimmung erzielendes Gesetz heute im Hause einstimmig verworfen werden würde. Der landrechtliche Scheidungsrecht stehe die Ansicht vieler Geistlichen von den zwei schriftmäßigen Entscheidungsgründen entgegen. Mache man diesen Geistlichen den Vorwurf der Augendienerei, so sei das zwar eine nicht-würdige Verdächtigung, aber seit Jahrhunderten stehe dieser strengen

Ansicht in der Kirche eine milder entgegen. Dieser Ansicht nach seien die zwei schriftmäßigen Gründe analog anzuwenden.

Er führe das an, um zu zeigen, daß den mildernden Geistlichen der Vorwurf mangelnder Rechtgläubigkeit nicht gemacht werden könne. Aber selbst die mildernden Geistlichen lassen nicht alle Scheidungsgründe des Landrechtes zu, ebenso nicht die Wiederverheirathung des schuldigen Theiles. Im vorigen Jahrhundert sei nun freilich ein Conflict nicht zu Tage gekommen. Die Kirche des 18. Jahrhunderts sei von ihrer Zeit beeinflußt gewesen und habe sich mit dem Landrechte nicht in Widerspruch befinden. Erst seit den Befreiungskriegen sei das innere Leben der Kirche erstaunt; der Widerspruch sei nur nicht schon damals gleich zu Tage gekommen, weil die Kirche gebunden gewesen. Da einmal das Gesetz der Geistlichen die Trauung vorschreibt, so konnten sie ihr Gewissen eben mit dem Gesetz trösten. Aber seit dem die Verfassung die Selbständigkeit der Kirche garantirte, habe sich die Sache anders gestaltet; Viele die sonst Bedenken gehabt hatten, die Wiederverheirathung zu gestatten, hätten nun Anstand genommen, den kirchlichen Segen zu erheißen.

Dieser mit der Verfassung eingetretene Conflict hätte nur auf legislatorischem Wege, nicht durch die Zeit allein gelöst werden können. So wenig wie die Kirche den Staat beherrschen dürfe, so wenig dürfe zur Lösung des Conflictes die Kirche dem Staat unterordnet werden. Dann würde Art. 15 der Verfassung eine Unwahrheit sein. Nun sei eine Ansicht vorhanden, daß der Artikel 15 nur die erst zu schaffende Organisation der Kirche im Auge habe. Indessen sei bereits eine factische Ordnung der Kirche vorhanden, welche die Kirche ermächtige, auf ihrem Gebiete Disciplin zu üben. Dieses ignoriren hieße zu der Verfassungs-Interpretationskunst glücklich vergangener Zeiten zurückkehren. (Bravo rechts.) Dann sei eine Thatsache nie zu vergessen, daß wir zwei Kirchen im Lande hätten. Wie solle nun die vorgeschlagene Einigung mit der Kirche erzielt werden? Kein Organ der Staatsregierung sei vorhanden, um diese Einigkeit zu erzielen.

Das frühere Zusammengehen mit der Kirche sei eben nur ein Produkt der Gebundenheit der Kirche gewesen. Es bleibe demnach nichts übrig, als der vielfach beklagte Weg der Civilehe. Dieser Weg sei der einzige richtige. Schon die Kabinetsordre Sr. Majestät des Königs vom Jahre 1857 habe denselben vorgezeichnet. Der Vorredner hätte diese Kabinetsordre nicht ignorieren sollen, dann hätte er seine Andeutungen unterlassen können, Andeutungen, mit denen man gegen die gegenwärtige Regierung sehr verschwenderisch umgehe. (Sehr richtig! richtig!) Der Redner verliest die bekannte Kabinetsordre. Die Stelle aber über die Notwendigkeit der Civilehe wird von vielfachen hört! hört! unterbrochen. Frage man nun, welche Civilehe eingeführt werden solle, so halte er die obligatorisch für jedenfalls consequent und im Prinzip sei er für dieselbe, schon um deshalb, weil es ungehörig sei, daß man in der Kirche bleibe und doch den Geboten der Kirche sich entziehe. — Aber die Einführung der obligatorischen Civilehe widerstrebe der sittlichen Überzeugung des Volkes auf das Energischste. Dann würde die obligatorische Civilehe unerträgliche Lasten auferlegen.

Man verweise freilich auf die Rheinprovinz; aber am Rhein seien die Civilstandsbeamten leicht zu erreichen; bei uns würden die Bauern weite Wege zu Trauung und Taufe machen müssen. Am Rhein sei sondern die Civilehe unter Kampf und Krämpfen der Zeit eingeführt worden und stamme aus den Händen eines Despoten. Was der habe wagen können, dürfe die Volksvertretung dem Lande nicht bieten. Auf dem vorliegenden zarten Gebiete dürfe der Gesetzgeber nicht über das Bedürfnis hinausgehen. Das Bedürfnis erfordere aber nur eine Nottheit, und die facultative Ehe, die beim vorhandenen Volksbewußtsein doch nur eine Nottheit bleiben würde, entspräche diesem Bedürfnis vollkommen. Auf keinem Gebiete, meine Herren, — so schließt der Redner — machen sich individuelle Anschauungen so geltend, wie auf diesem. Machen Sie vor allem die Hauptegenschaft des Gesetzgebers, Selbstverleugnung, geltend. Vergessen Sie nicht, daß es noch andere Factoren der Gesetzgebung gibt, und geben Sie das auf, was Sie für besser halten, um das vorliegende Gesetz nicht unmöglich zu machen. (Lachhaftes Bravo rechts).

(Fortsetzung folgt.)

## Deutschland.

B. Berlin, 6. April. Die liberale Presse hat sich getäuscht, wenn sie glaubte, daß die Kreuzzeitung mit ihren Hebelstellungsversuchen in der Armee den letzten Triumph gegen die Staatsregierung ausgespielt hat. Es gibt noch andere Mittel und willkürliche Organe für sie, die Angriffe wider das Ministerium zu maschieren. Von ihrer Einflusslosigkeit auf die öffentliche Meinung hinlänglich überzeugt, wendet sie sich jetzt an die „materialen Interessen“, indem sie durch wohlfeile Börsen-Organen, dieser bewußt oder unbewußt, allerlei beunruhigende Gerüchte bezüglich der Finanz- und Handels-Politik verbreiten läßt. Bei der literarischen Dürre dieser Blätter, welche insgesamt zu leeren Notizsammlungen herabgedrückt sind, darf es nicht Wunder nehmen, daß sie dergleichen tendenziöse Erfüllungen kolportieren. Die Einen thun es in aller Unschuld und bloß im Neugierdesdurst, die anderen, weil es mit ihren persönlichen Zwecken übereinstimmt. Vor Kurzem ließ man durch ein Frankfurter Organ der Börsenschwindels die Nachricht importieren, daß der jetzige Finanzminister v. Patow die Absicht habe, auf der nächsten General-Zollkonferenz die Aufhebung aller Eisenzölle zu beantragen.

Der Moment war geschickt gewählt, und der Mann, welchen diese Nachricht unpopulär machen sollte, ebenfalls. Denn von

Herrn von Patow ist es bekannt, daß er sich zu den Grundzügen der Freihandelspolitik bekannt, und wäre daher ein solcher Antrag für ihn nicht gerade etwas Unmögliches. Und da im Augenblicke die Eisen-Industrie in Preußen darniederliegt, so war ein solcher unterschobener Antrag schon hinreichend, die öffentliche Stimmung aufzuregen. Es ist aber diese Nachricht eine ganz plumpfe Erfundung; von den Anträgen, welche Herr v. Patow in der nächsten Zollkonferenz anzubringen beabsichtigen könnte, hat er sicher weder der Kreuz, noch irgend einer Börsenzeitung Mitteilung gemacht. Auch würde eine solche Absicht doch zunächst die Nähe einer Konferenz voraussetzen, während eine solche noch in unbestimpter Ferne liegt. Die angebliche Befreiung der Eisen-Einfuhr vor jedem Grenzoll ist eine Erfundung der sonst freihändlerischen Kreuzzeitung, welche man auf dem Umwege von Frankfurt über Berlin durch die Monarchie verbreitet, um die Stellung der Minister zu untergraben. Wir können nach zuverlässigen Angaben versichern, daß man im Finanzministerium noch nicht entfernt daran gedacht hat, welche Anträge in der künftigen General-Zollkonferenz zu stellen sein möchten, daß man aber wohl kaum den jetzigen Moment wählen würde, um die allerdings sehr zu wünschende Aufhebung der Schutzzölle für das unentbehrlichste und kostbarste Produkt durchzuführen. Es wird für eine solche dankenswerthe Maafregel doch immer einer stetigen und ruhigeren Lage des Eisenmarktes bedürfen, als die gegenwärtige ist.

Ueber die angebliche Umnutzung der „Berliner Revue“ in eine tägliche Zeitung erfahre ich, daß es sich dabei um das vollständige Aufgeben dieser Wochenschrift handelt, welche ihrer Partei bereits 25,000 Thlr. kostet, ohne doch nur den geringsten Nutzen gestiftet zu haben. Man ist der ewigen Buschüsse um so mehr müde, da in neuerer Zeit auch das Deficit der „Kreuzzeitung“ immer stärker wird und pro 1858 angeblich 20,000 Thlr. betragen haben soll. Zu dem noch vorhandenen Capitalbestande der „Revue“, welcher am Quartalschluss circa 4000 Thlr. betrugen möchte, sollen noch weitere Actienzeichnungen veranlaßt werden, um den Fonds für die „Conservative Volkszeitung“ (so ist vorläufig der Titel gewählt) auf 20,000 Thlr. zu bringen. Am meisten soll sich Graf Pinto, der ursprüngliche Begründer und Eigentümer der „Berliner Revue“, für dieses Projekt interessiren. Der gräßliche Literat, welcher jetzt durch die Erbschaft einer bedeutenden Majoratsbesitzung seine Finanzen so regulieren könnte, daß er das Schriftstellern „gar nicht mehr braucht“, hat dem neuen Unternehmen nicht allein seine finanzielle Beteiligung bis zu 5 p.C. von 5000 Thlr., sondern auch seine unbegrenzte literarische zugesagt, ein Danaergeschenk, über dessen Angebot die Junker in Verlegenheit sind.

Berlin, 7. April. In der heutigen Abend-Ausgabe der „Nat. Ztg.“ wird die politische Situation als eine sehr ernste geschildert und an einem Nutzen des bevorstehenden Kongresses durchaus gezweifelt. Je geringer, sagt sie, die Aussicht auf ein Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen ist, desto weniger dürfte es an der Zeit sein, kriegerische Rüstungen für überflüssig zu halten. Louis Napoleon scheint wenigstens die Kriegsbereitschaft durchaus nicht für unnütz anzusehen. Nach den übereinstimmendsten und zuverlässigsten Nachrichten, welche uns zugingen, wird der Kaiser der Franzosen bis zum 1. Juni sechsmalhundert Tausend Mann marschfertig auf den Beinen haben. Von diesen sollen 150,000 Mann für Italien und die übrigen für irgend welche Eventualitäten bestimmt sein.

Wien, 4. April. (B. B.-Z.) Die heute in Wien eingetroffenen Berichte, welche die Zulassung Piemonts zum Kongress sehr in Frage stellen, haben hier keineswegs den Eindruck gemacht, den man hätte erwarten sollen. Vor acht Tagen noch würde man ähnliche Nachrichten als hoffnungsvoll begrüßt haben, seitdem haben sich aber die Dinge so auf die Spitze gefestigt, die „Italianissimi“ in Turin zu solcher Bedeutung sich hinaufgeschwunden, daß das Aergste bevorsteht, wenn etwa die Congresverhandlungen (und das ist wohl gewiß) nicht im Sinne dieser Partei ihren Fortgang nehmen.

München, 3. April. Wie sehr der König in seinem Gross gegen das eimüthige Verhalten der Kammer verhartet, ersieht man daraus, daß er die Entlassungsgeſuche der Minister zurückgegeben hat, und liegt es lediglich in der Hand des Herrn v. d. Pförtner, ob ein Minister-Wechsel eintreten wird oder nicht; derſelbe wird also nur eintreten, wenn Hr. v. d. Pförtner auf seinem Ausscheiden besteht. Wenn man erwägt, daß dem Ministerium in der zweiten Kammer eine Minorität von höchstens 27 Mitgliedern, unter 144, zur Seite stand, daß diese Minorität sehr häufig auf 11, ja auf eine Stimme zusammenschmolz, daß diese zu zwei Drittheilen aus Staatsdienern bestehende Minorität nicht einen einzigen Retter zur Vertheilung des ministeriellen Systems aufzustellen wagte oder vermodete; wenn man bedenkt, daß fast allen gegen das Ministerium gerichteten Verwahrungen und Beschwerden der zweiten Kammer die hochconservative Kammer der Reichsräthe zum Theil einstimig beigetreten ist, so kann man sich von der Lage des Landes eine Vorstellung machen. Es handelt sich in Bayern nicht um die Opposition einer Partei gegen das Ministerium, „vielmehr haben sich alle Parteien, alle unabhängigen Männer im Lande und in der Landesvertretung ihm gegenüber geeinigt.“

— 4. April. Im „Münzb. Corresp.“ liest man: Der f. Bundestagsgeſandte, Freih. v. Schrenk, ist von Frankfurt heute Abends hier eingetroffen. Seine Berufung ist am Sonnabend durch den Telegraphen erfolgt. Mit der Ankunft dieses Staatsmannes dürfte die Ministerkrise wohl in das Stadium der Entscheidung treten. Ob indessen Freih. v. Schrenk ein Portefeuille übernehmen wird, soll zur Zeit noch nicht definitiv feststehen.

### Schwedi.

Bern, 5. April. (Pr.-Z.) Herr v. Kampf hat gestern dem schweizerischen Bundes-Präsidenten die Antwort der preuß. Regierung auf die Neutralitäts-Eklärung des Bundesrathes vom 14. März überreicht. In derselben spricht das Berliner Cabinet die Hoffnung aus, daß der Frieden erhalten bleibe, und führt die Erklärung bei, es werde seinerseits zur Erreichung dieses Ziels nichts versäumen. Der bündesträthlichen Erklärung und dem Verhalten, welches die schweizerische Behörde für den Fall eines Kriegsausbruches vorgezeichnet hat, wird Beifall gezeigt und die volle Befriedigung über diese loyale Vernehmlassung angesprochen. — Von Oesterreich, Frankreich und Sardinien sind über die Neutralitäts-Eklärung des Bundesrathes noch keine Antworten eingetroffen.

### England.

London, 4. April. (R. Z.) Pall-Mall, die Clubstraße, war gestern, trotz des Sabbaths, sehr lebhaft (oder, wie der „Advertiser“ sich nach seiner Art ausdrückt, „in einem Zustande hoher politischer Aufregung“); der Carlton- und der Reform-

Club hatten vollen Zuspruch. Nachmittags fuhren Hunderte von Equipagen mit Hansom Cabs vor, und auf dem Trottoir standen Gruppen, die (mirabile dictu!) ziemlich laut und hörbar über Politik sprachen. Unter diesen al-fresco-Gruppen machte sich eine bemerklich, deren Drakel Herr Sidney Herbert und Lord Harry Kane zu sein schienen. Wir müssen hinzufügen, daß Pall-Mall an gewöhnlichen Sonntagen mänschenfull und ausgestorben ist. Bis jetzt hat das Cabinet die conservative Partei im tiefsten Dunkel über seine Absichten gelassen, denn das vorgestern angelegte Meeting bei Lord Derby scheint nicht stattgefunden zu haben. Dafür sind die Regierungs-Freunde von Herrn Disraeli aufgesordert worden, heute Abends recht pünktlich sich im Parlement einzufinden. General Peel soll nur noch mit einem Fuß auf seinem Posten stehen und den Augenblick seiner Ablösung nicht erwarten können. Lord Stanley soll seine Entlassung bereits ein gereicht und bei dem Ministerrat am Samstag sich seinen Collegen definitiv empfohlen haben. Endlich sagt man, daß Herr Gladstone einer der Hauptsteine in dem umzubauenden Derby-Disraeli-Cabinet bilden werde.

(Parlaments-Verhandlungen vom 4. Apr.) Oberhaus-Sitzung. Der Lord-Kanzler nimmt seinen Platz auf dem Wollsack um 5 Uhr ein. Beide Seiten des Hauses sind stark vertreten, und auf den Gallerien hat sich eine Menge Neugieriger eingefunden. Der Earl von Derby trat 10 Minuten nach 5 Uhr ein, und als er sich erhob, um sich über den Stand der Minister-Krisis auszusprechen, erreichte die Spannung der Anwesenden ihren Höhepunkt. Es werde, bemerkte er, noch frisch im Gedächtnis ihrer Herrlichkeit leben, daß das Haus der Gemeinen am Donnerstag nach siebentägiger Debatte, die Resolution Lord John Russell's angenommen und einen der Regierungs-Reform-Bill feindlichen Entscheid gefällt habe. Der gegenwärtige zerfahrene Stand der Parteien im Hause der Gemeinen mache es beinahe unmöglich, die Angelegenheiten der Nation zu verwalten. Zwar könne diese Stütze die conservative Partei nicht treffen; was jedoch Lord John Russell betreffe, so gleiche sein Benehmen mehr der Leidenschaft seines Liebhabers, als der verständigen Sorgfalt eines Vaters.

Lord John Russell habe das eigenthümliche Glück gehabt, manche Ministerien zu stürzen, und zwar nicht nur seine Gegner, sondern auch seine Anhänger. Die Folge eines solchen Benehmens sei, daß jetzt kaum ein Jahr ohne eine Minister-Krisis vergehe, und wenn man an diesem System festhalte, so höre am Ende alles Regieren auf, da im Innern Unheil angerichtet werde und der Einfluß Englands im Auslande leide. Als er seinen Posten übernommen, habe er sich bestrebt, alle Parteien zu versöhnen. Eine der ihm von der Regierung vermaßten Fragen sei die damnosa haereditas der parlamentarischen Reform gewesen. Er habe deshalb eine diesen Gegenstand betreffende Bill eingebroacht. Wie diese Bill aufgenommen worden sei, wisse das Haus. In Anbetracht der bedenklichen Lage der europäischen Angelegenheiten und der heimischen Landes-Interessen habe er es für seine Pflicht erachtet, Ihrer Majestät den Rath zu ertheilen, daß sie das Parlament aufzulösen möge. Ihre Majestät habe in diesen Vorschlag gewilligt, und er sehe der Berufung mit Vertrauen entgegen. Das Ministerium habe seines Erachtens durch Einbringung der Bill sein Wort gelöst und halte sich in dieser Hinsicht frei von Tadel. Die Regierungs-Bill sei eine umfassende und freimüttige Maafregel; durch das Votum im Unterhause sei viel Unheil angerichtet worden, und die Gegner hätten kein Princip aufgestellt, auf Grund dessen eine andere, neue Reform-Bill sich entwerfen ließe.

Lord Granville stimmt mit Lord Derby in Bezug auf den eigenbürtigen Stand der Parteien überein, ist jedoch der Ansicht, daß eine Regierung trotzdem eine hinlänglich starke Majorität im Hause der Gemeinen haben müsse, um ihre eigene Politik durchzuführen zu können. Die von Lord Derby gegen Lord John Russell erhobenen Beichuldigungen seien ungerecht. Auch könne er nicht einträumen, daß die gegenwärtige Regierung das Monopol habe, den europäischen Frieden zu erhalten. Seines Erachtens gebe es in beiden Häusern des Parlamentes Staatsmänner, die ganz eben so gut dazu im Stande seien. Was die Reform-Bill anbelange, so gebe es außer den Mitgliedern der Regierung keinen einzigen Menschen, der dieselbe nicht verwerthlich finde, und er freue sich, zu jehen, daß Lord Derby selbst bereit sei, sie aufzugeben. Er fürchte sich nicht vor einer Berufung an das Land; doch wölze ein solcher Schrift eine schwere Verantwortlichkeit auf diejenigen, welche ihn anreicheln. Erwartet etwa das Cabinet, daß das Land seine Politik bestätigen solle? Das gegenwärtige Cabinet habe ja gar keine Politik, sondern verlange, daß das Land ihm seine Politik zurechtmache. Seiner Ansicht nach würde es einem großen Staatsmann besser anstehen, der Nation gerade heraus zu erklären, welche Politik er zu beobachten gedenke.

Unterhaus-Sitzung. Der Schatzkanzler: Das Votum des Hauses habe die Regierung genötigt, ihre Stellung im Hause in Bezug zu ziehen, und unter dem Einfluß von drei wichtigen Erwägungen sei sie zu dem Entschluß gelangt, unter Umständen im Amt zu bleiben, welche allerdings, wie er einräumen müsse, eine gewisse Kränkung in sich schlössen, jedoch in der Überzeugung, daß sie ihre Pflicht gegen das Land erfülle. Dem Hause im Allgemeinen, namentlich aber der Opposition, müsse er seinen Dank aussprechen für die höfliche Rückfrage und das Wohlwollen, womit sie ihm trotz der numerischen Minorität als Führer des Hauses unterstützten. In Anbetracht des Standes der Parteien, in Abzugrechnung, daß verschiedene Sectionen von Parlaments-Mitgliedern sich jeden Augenblick zum Sturze der Regierung, gleichviel, in welchen Händen sie sein möge, vereinigen könnten, und in dem Glauben, daß ein solcher Zustand der Dr. den Ruf des Parlaments und die besten Interessen des Landes bedrohte und daß es wichtig sei, daß die Autorität der Regierung durch die Autorität des Parlaments gestützt werde, habe die Regierung der Königin den Rath ertheilt, und Ihre Majestät habe ihn angenommen und sanctioirt, von ihrer Prärogative Gebrauch zu machen und durch Auflösung des gegenwärtigen Parlaments die Stimme des Volkes entgegenzubehalten. Er habe deshalb das Haus davon in Kenntniß zu setzen, daß, sobald die dringenden Erfordernisse des Staatsdienstes erledigt seien, eine Prorogation des Parlaments und dann eine sofortige Auflösung desselben stattfinden werde. Lord Palmerston äußert, er bege die Überzeugung, daß es nur der allgemeinen Ansicht des Hauses Ausdruck verleihe, wenn er die Höflichkeit und Geradheit in der Auseinandersetzung des Schatzkanzlers anerkenne. Er betrachte das neuliche Votum nicht als ein Misstrauens-Votum.

Der Auseinandersetzung des Ihrer Majestät von den Ministern ertheilten Rathes wolle er kein Hinderniß in den Weg legen; doch halte er diesen Rath für einen sehr unweisen. Die an das Land zu richtende Frage sei nicht die, welche Männer am Ruder sein sollten, sondern wie die von der Regierung einzubringende Reform-Bill beschaffen sein sollte. Wenn er den Versuch machen wollte, das Ergebnis der Wahlen zu prophezeien, so würde er sagen, daß das neue Parlament voraussichtlich weit mehr, als das jetzige, dafür sein würde, die Regierungs-Gewalt in andere Hände übergeben zu lassen. Da man aber einmal die Auflösung beschlossen habe, so sei es wünschenswert, wenn dieselbe so bald wie möglich eintrete, da ein Aufschub große Verlegenheiten und Nachtheile mit sich föhren würde. Bright sieht ein, daß das von der Regierung eingeschlagene Verfahren manche Unbequemlichkeiten im Gefolge hat; hält es jedoch für das einzige dem Geiste der Verfassung entsprechende Verfahren. Lord J. Russell bemerkt, daß keine Opposition gegen die Bill irgend welchen Einfluß auf den europäischen Frieden ausüben würde. In Anbetracht des Standes der heimischen und auswärtigen Angelegenheiten glaubt er, es wäre die Pflicht der Regierung gewesen, jedes andere Mittel zu erprobten, ehe sie zu einer Auflösung schritte. Der Schatzkanzler sagt, die Prorogation und Auflösung werde vermutlich gegen Ostern und der Wiederzusammenritt des Parlamentes im Juni oder Juli stattfinden. Daz er behauptet habe, die Opposition gegen die Bill gefährde den europäischen Frieden, stellt er in Abrede. Auf der Tagesordnung steht die dritte Leistung der indischen Anleihe-Bill. Lord Stanley erklärt, er sehe sich genötigt, vom Hause die Bewilligung einer größeren Geldsumme zu begehren, als er vor zwei Monaten für erforderlich gehalten habe. Den genauen Betrag der Summe vermöge er jedoch noch nicht anzugeben. Die Bill wird zum dritten Male verlesen und geht durch.

### Frankreich.

Paris, 5. April. Die seit einigen Tagen verbreitete Nachricht, daß Oesterreich nur den Congres besuchen will, wenn Piemont vorerst entwaffnet, wird jetzt von allen Seiten bestätigt.

Was den Eintritt der italienischen Staaten in den Congres ausbelangt, so soll man über die Art und Weise ihrer Zulassung einig sein. Es scheint, daß die Zulassung Hollands zur londoner Conferenz von 1831 als Präcedenzfall dienen soll. — Die pariser Conferenz wird sich nächsten Donnerstag um 1 Uhr versammeln. Die Vertreter Preußens, Österreichs, Englands, Russlands, Piemonts und der Türkei erhielten heute ihre Einladungskarten. Dem Beruhmtheit nach werden nur zwei Sitzungen stattfinden und die Wahl Kursa's, über deren Bestätigung man einig ist, die Conferenz allein beschäftigen. Die Donau-Schiffahrts-Frage soll auf spätere Zeiten vertagt werden sein.

— Der „Constitutionnel“ bringt heute ebenfalls die Nachricht von der bevorstehenden Ankunft des Fürsten Goritschakow in Paris. Ihm zufolge wird der russische Minister des Außenlands Ende dieser Woche in der französischen Hauptstadt erwartet. — Das „Pays“, welches bekanntlich unter dem Einfluß des Grafen Walewski steht, fährt fort, den Grafen Cavour zu bekriegen. Heute behauptet es in seiner turiner Correspondenz, daß der erste Minister des Königs von Sardinien, habe einschreien müssen, daß es sich in der ganzen ostschwedischen Frage mehr um das Wohl Italiens, als um das Piemonts handle, und daß sich Pier ont nothwendiger Weise wieder mit dem Papste versöhnen müsse.

Die Großfürstin Marie traf gestern um 6 Uhr Abends an Bord der Fregatte Nurik in Marseille ein; dieselbe befindet sich auf der Rückreise nach Petersburg. — Aus Marseille, 5. April, wird dem „Nord“ telegraphiert: „Fortwährend treffen Truppen der Division Bourbaki von Algier ein und gehen nach Lyon weiter.“ Die Cadres der sechzehn Linien-Regimenter, welche die vier Divisionen der Armee von Paris bilden, sind gestern nach den verschiedenen Depots abgegangen, um die vierten Bataillone zu bilden. — Zwei piemontesische Verwaltungs-Offiziere sind in Paris angelommen, um die von ihrer Regierung hier bestellten Monturstücke in Empfang zu nehmen.

— Die Nachricht Betreffs der bevorstehenden Ankunft der Fremdenlegion in Frankreich bestätigt sich vollkommen. Die Depots der beiden Regimenter werden sich nach Ajaccio (Corsica) begeben. — In Marseille sind am 3. April 917 Mann des 45. Linien-Regimentes aus Algerien angekommen. Dieselben gehören zur afrikanischen Division, welche zur Armee von Lyon stoßen soll. Ein zweites Bataillon dieses Regiments wurde am 4. in Marseille erwartet. Es ist die zweite afrikanische Division, die sich zur Armee von Lyon begibt.

### Italien.

Turin, 3. April. Die „Sentinella delle Alpi“ versichert, daß der Beschuß gefaßt sei, 22,000 Mann von der Reserve einzuberufen. Nach der „Italia“ sind zahlreiche Italiener aus Amerika zu Genoa eingetroffen, um den so genannten Unabhängigkeitskrieg mitzumachen. Nach der „Bredetta“ beträgt die Gesamtzahl der bereits eingreifenden Freiwilligen 10,000 Mann; die betreffenden Cadres sind nunmehr schon completirt.

### Türkei.

(A. A. Z.) Die Montenegriner haben wieder einmal einen kleinen Raubzug veranstaltet und, da sie wahrscheinlich an Fleischmangel leiden, eine Heerde von 100 Ochsen und 500 Schafen aus der Herzegovina in die schwarzen Berge getrieben. Die Temeswarer Zeitung meldet noch über dies, daß die Anführer der Bande die Viehhirten fragten, ob sie Türken seien, und nachdem sie erfahren, daß sie Christen waren, bemerkten, daß man ihnen den Kopf abgeschnitten haben würde, wenn sie Muselmanen wären, indem Fürst Danilo ihnen befohlen habe, mit Personen, welche diesem Glauben angehören, keine Umstände zu machen.

### Danzig, den 8. April.

\*\* (Gewerbevereinigung, Danzig, 7. April.) Herr Apotheker Clebsch hielt den ersten Theil seines Vortrages: „Culturhistorische Notizen über die gebräuchlichsten erregenden Gemüßmittel“. Ein Referat über den Vortrag behalten wir uns bis zur Beendigung desselben vor. — Außerdem wurden von der Bau- und chemisch-technologischen Section mehrere Fragen beantwortet. Unter denen der letzteren Section habe wir von Herrn Apotheker Helm beantwortet von besonderer Wichtigkeit hervor:

„Durch welches Mittel ließe sich das Nährenwasser, also das Radauennwasser, welches in den Straßen- und Hofbrunnen der Grundstücke geleitet wird, dahn reinigen, daß solches bei dem Auspumpen sich als ein reines und klares Wasser, frei von lehmigen oder sonstigen dasselbe verunreinigenden Beimischungen ergebe? Es wird gewünscht, eine derartige Einrichtung für bereits bestehende Brunnen anzugeben.“

Die Aufgabe des Fragestellers wird in sofern eine schwierige, als er sowohl das durch die Leitungsröhren zufließende, als auch das möglicherweise durch die Wandungen des Brunnens einsickernde, gewöhnlich mit den ekelhaftesten Stoffen beladenen Wasser schnell gereinigt haben will. Es ist hier somit ein doppelter Zweck zu erreichen, der der Filtration und der der Desinfektion des Wassers. Nach Angabe des Herrn Dr. Schuster erreicht man diese Zwecke am Besten, indem man zwei nebeneinander liegende Cement-Bassins nach Art der Senkbrunnen von circa 3 Fuß Durchmesser und einer Tiefe, welche noch mindestens 3 Fuß unter dem Wasserspiegel des zufließenden Wassers beträgt, anlegt. Der eine dieser Senkbrunnen besitzt an seiner unteren Fläche ein Zuflussrohr, durch welches das Radauennwasser eintreten kann, drei Fuß darüber befindet sich das Abflussrohr, welches in das andere Wasser einmündet. In dem ersten Bassin befinden sich Filterkörper, in dem für das reine Wasser bestimmten zweiten Bassin befindet sich die Pumpe; beide Bassins sind bedeckt, und muß die Kohle des Filterapparats wenigstens alle Vierteljahr einmal herausgenommen und durch neue ersetzt werden, weil sie mit der Zeit ihre Wirksamkeit verliert. Auf diese Weise wird es möglich sein, ein fortwährend reines Wasser aus dem Brunnen zu pumpen, welches vermöge seiner wasserdiichten Beschaffenheit auch keine fremdartigen Stoffe durch Einsickerung in sich aufzunehmen kann.“

Zu erlaube mir jetzt noch eine kleine Abweichung vom Thema um über die Beschaffenheit des Danziger Wassers noch etwas zu sagen. Der Bewohner Danzigs ist leider in die traurige Notwendigkeit versetzt, sein ihm für den häuslichen Gebrauch notwendiges Wasser theils von weit herholen zu lassen, theils von den Straßen-Brunnen zu entnehmen. Von welcher schlechten Beschaffenheit, ja gesundheitsgefährlichen Wirkung dies uns von unsern lieben Voreltern in die Wohnungen geleitete Radauenn-Wasser ist, weiß jedermann. Hierzu kommt noch das in großer Bernachlässigung liegende Cloacenwesen unserer Stadt und das damit in Beziehung stehende färmliche Aufspeicherungssystem der Excremente; letztere verpestet nicht allein die über ihnen befindliche Luft, sondern dringen auch in den Erdoden, ziehen sich in die

Brunnen und Keller. Auf diese Weise ist Danzig, welches sich von Natur in einer gesunden und geschützten Lage befindet, zu einem traurigen, für den anziehenden Fremden sogar gefährlichen Aufenthalte geworden. Nach statistischen Berechnungen gehört Danzig mit zu den Orten, welche die ungünstigsten Mortalitätsverhältnisse aufzuweisen haben. Es sterben bei uns jährlich von 25 Personen eine, in Danzigs Umgegend hingegen nur von 36 Personen eine, in Berlin von 38 eine etc. Diese Zahlen stehen so unverhältnismäßig aus einander, daß selbst den ruhigen Beobachter derselben die Lust anwandle könnte, diesen Ort aus macrobiotischen Rücksichten zu verlassen. Es ist daher Pflicht eines jeden, so oft als möglich auf diese Uebstände hinzuweisen, damit ihnen abgeholfen werde. Ich führe schließlich noch ein Beispiel aus der Praxis an, welches den Einfluß des Wassers und seiner Beschaffenheit bei Krankheitsepidemien darthut wird. Die Stadt London wurde nämlich von zwei verschiedenen Aftiengesellschaften mit Trinkwasser versorgt. Die eine lieferte gutes reines, die andere ein trüb mit fremden Beimengungen überladenes Wasser. Statistische Berechnungen wiesen nun nach, daß in den Quartieren, wo das letztere getrunken wurde, die Cholera weit grösere Verheerungen anrichtete, als in den andern. Man lieferte nun allen Sadttheilen dasselbe reine Wasser; seitdem starben in den früher von der andern Gesellschaft versorgten Quartieren nicht mehr als in den übrigen.

\* Heute Mittag 2 Uhr wurde wieder ein Mann durch eine Drosche auf dem Langen Markt überfahren und erheblich verletzt. Da diese Unglücksfälle sich so oft wiederholen, so ersuchen wir die betreffenden Behörden, allen Fuhrleuten und namentlich den Droschkenfuchtern anzubefehlen, daß diese alle Personen, die in die gefährliche Nähe der Fuhrwerke kommen, laut aufrufen. Wir sind zu oft Zeuge gewesen, wie rücksichtslos hier in Danzig auf die Menschen losgefahren wird und schreiben dem unterlassenen Aufrufen fast allein diese häufigen Unglücksfälle zu. —

S Vom Herrn Archidiakonus Schnaase bei St. Johann, dem Vorsteher der Ebert'schen höheren Töchterschule, ist bei Gelegenheit des Beginns eines neuen Semesters dieser Anstalt, eine ziemlich umfangreiche Schrift über Danzigs Schulwesen erschienen, die damit anhebt, daß das Consistorium im Jahre 1857 verordnet habe, ihm Anzeige von der Bacanu jeder Lehrerstelle zu machen, die früher fundations oder obervanzgemäß von Theologen bekleidet worden. Was zwischen diesen Zeilen und dem Schlusssatz der Schrift steht, ist wesentlich eine Aufzählung dessen, wie es in alter Zeit gewesen und derjenigen Schulämter, welche seit Jahrhunderten mit Theologen besetzt wurden, denen dieser Schuldienst meistentheils zum Uebergange ins Pfarramt gereichte. Fügen wir nun den Schlusspassus selbst hinzu, daß die Schrift nachgewiesen zu haben glaube, wie früher die Kirche der Schule die Lehrer gegeben und hinwiederum die Kirchenämter von der Schule aus besetzt worden, ein Verhältniß, dessen Aufhören als ein Schaden erscheine, zu dessen Heilung die Schrift als ein Beitrag betrachtet werden möchte; so glauben wir Inhalt und Zweck der Schrift kurz und bündig angegeben zu haben. Ob der Zweck: Alles zu erhalten, resp. wiederherzustellen, wie es früher einmal so gewesen, stichhaltig, das ist eine andere Frage; oder vielmehr, daß der Zweck, so sehr wir auch überzeugt sind, daß ihm das edelste Gemüth und die lauterste Frömmigkeit eingegangen, jetzt nicht mehr ausführbar, ist keine Frage, denn siehe, das Alte ist vergangen, es ist Alles neu geworden.

\* Am 29. vorigen Mts. fuhren 5 Fischer in Begleitung eines Mädchens auf einem Boote von Ceynowa (Kreis Putzig) nach Putzig, um dasselbst Lebensmittel einzukaufen. Zu P. verließ das Mädchen die Männer, um sich einen Zahn ziehen zu lassen. Als sie zur Stelle zurückkam, an welchem das Boot gelegen war, dieses mit ihren Begleitern verschwunden, und mußte sie den Weg nach C. zu Fuß machen. Da die Fischer nun inzwischen nicht angekommen waren, so entstand im Dorfe eine große Besorgniß, zumal das Weiter stürmisch war. Alles eilte an den Strand. Zwischen 1 und 2 Uhr Mittags erschien zwar ein Boot in Sicht, dasselbe fuhr aber, nach dem Dorfe Kußfeld zu, vorüber. In diesem Dorfe wurden sogleich Erfundungen über das Ausbleiben des Bootes eingezogen, die dahin lauteten, daß ein Boot auf dem Wyk treibend getroffen, in welchem sich über Personen nicht befunden hätten. Es lag nunmehr wohl nahe, daß ein Unglück passirt sei und gingen auch sofort zwei Boote mit acht Mann aus, um die Vermissten zu suchen. Als sie in die Nähe des Putziger Schar kamen, stießen sie auf ein Boot, in welchem sich zwölf Leichen lagen und mit den Armen um einander geschlagen, vorhanden. Das Boot, in welchem die Verunglückten gefahren, lag im Putziger Schar; es war bis an den Bord voll Wasser. Nahe denselben schwamm der Mast, an welchem das Segel festigte war. Es wurde nun mit Stangen und Bootshaken nach den andern Leichen gesucht, die denn auch etwa 16 Fuß tief auf dem Meeresgrunde gefunden wurden.

\* In Betreff des am Sonnabend in der Wohnung des Herrn Hauptmanns G. Jopengasse 63, verübten Diebstahls, wird berichtet, daß man den Kasten von 1½ Fuß Höhe und ca. 3 Fuß Länge bereits bei der Silberhütte am Wasser gefunden. Zwei verrägtige Personen sind zwar verhaftet, doch haben sie bis jetzt altes standhaft gelehnt.

Memel, 6. April. Wir theilten in dieser Zeitung vom 4. d. Mts. mit, daß nach einem unverbürgten Gerücht der Königsberger Hart. Z. die Norder-Mole vom Sturm durchrisen sei. Das „Memeler Dampfboot“ fügt nun heute dieser Bemerkung hinzu: „Hievon ist kein Wort wahr. Vielleicht hat irgend ein Reisender sich mit den Königsbergern einen Aprilscherz erlaubt. Uebrigens bemerken wir nur noch, daß am 2. April, an welchem Tage 15 Schiffe einliefen, bei der Peilung des Seegatts eine Wassertiefe von 13 Fuß gefunden wurde.“

Gestern Nachmittag 3 Uhr lief vom Pieper'schen Schiffsbauplatz das der hiesigen Rhederei Daehne und Doering gehörige neu erbaute Schiff „Victoria“ vom Stapel.

Gumbinnen, 6. April. (Pr.-Litt. Btg.) Gestern Abend ist der Geheime Ober-Finanzrath Wilkens von hier abgereist und zwar zunächst nach Insterburg. — Der Oberpräsident Eichmann hat in einer Circularverfügung verboten, fernerhin den „Königsberger Volksfreund“, redigirt vom Consistorialrath Weiß, aus Schul- und Kirchengeldern zu halten, und dies Verbot durch die regierungseindliche Tendenz dieses Blattes motivirt. Das Blatt selbst zeigt unterm 31. März an, daß es nach dem ehrenden „Angriffe Vincke“ um so freudiger auf demselben Wege fortfahren werde — mit Gott für König und Vaterland!

+ Marienwerder 6. April. Der gestrige Abend vereinigte eine zahlreiche Versammlung im Saale des Schützenhauses; es handelte sich um eine für die hiesigen Gewerbetreibenden hoch-

wichtige Angelegenheit: Die Bildung eines Vorschuß-Vereins für Marienwerder. Vor kurzem war zu diesem Zwecke ein provisorisches Comité zusammengetreten, hatte die Statuten im voraus entworfen und eine Aufforderung ergehen lassen, der auch genügend entsprochen wurde. Für den Abend wurde zunächst Bürgermeister Szepanski zum Vorsitzenden erwählt; Regierungsrath Haffer stellte in einem längeren Vortrage die Zweckmäßigkeit und Wichtigkeit der Vorschuß-Vereine dar, wie sie sich in vielen sächsischen Städten und auch in unserer Provinz bewährt haben. Darauf wurde der Statuten-Entwurf verlesen, dessen Grundzüge die allgemein geltenden sind: jedes Mitglied zahlt eine gewisse Summe ein, entweder auf einmal, oder in monatlichen kleinen Beiträgen und erhält dieselbe bei seinem Ausscheiden wieder zurück; für den eingelebten Stammantheil erhält es seinen verhältnismäßigen Anteil an dem Gewinn der Gesellschaft; im Falle des Bedarfs ist es berechtigt, gegen genügende Sicherheit einen Vorschuß zu beanspruchen; Einlagen von Mitgliedern oder andern nimmt der Vorschuß-Verein jeder Zeit an, und verzeichnet sie; für die Sicherheit haftet die gesammte Gesellschaft. —

Der letzte Punkt, der auch in der Einleitungssrede als der eigentliche Kern des Ganzen hervorgehoben wurde, veranlaßte manches Bedenken. Dass nicht allein der Einzelne mit dem Capital eintreten sollte, welches er zu diesem Zwecke bestimmt, sondern auch mit die solidarische Verpflichtung für die ganze Summe der Darlehen übernehmen, fand gerade bei denjenigen Anstoß, die sich hierbei am meisten zu gefährden glaubten, bei den wohlhabenderen Kaufleuten, um so mehr, als sie am wenigsten den Credit des Vereines zu beanspruchen in der Lage sind.

Obwohl es sich bisher durch die praktische Erfahrung herausgestellt hat, daß Vorschuß-Vereine nur in seltenen Fällen, und dann nur sehr unbedeutende Verluste hatten, die für den Einzelnen kaum merkbar waren, scheute man sich eine Verpflichtung einzugehen, deren Tragweite nicht zu übersehen sei. Diese Furcht, die vielleicht nirgend so eklant hervortrat, ist durch die besonderen Verhältnisse unserer Stadt erklärlich. Kaum gibt es wohl an einem andern Ort bei einer großen Zahl so wenig wohlhabende Gewerbetreibende; die meisten sind mehr als arm. Der Stamm von bemittelten Handwerkern der alten Zeit, deren sich noch Manche erinnern, ist ausgestorben. Der Beamte, der in andern Städten hinter dem fortschreitenden Gewerbe an Wohlhabenheit so auffallend zurücktritt, ist hier gegen die Mehrzahl der kleinen Bürger noch reich zu nennen. Sie existiren von ihm, sie müssen sich auf gewisse Zahlungstermine einrichten, haben also fast nie baares Geld in Händen, und wer von ihnen trotzdem Ersparnisse machen könnte, pflegt viel zu luxuriös zu leben und für sich und die Seinigen zu viel auszugeben. Unter diesen Umständen wäre ein Vorschuß-Verein hier die größte Wohlthat, sowohl um Gelegenheit zur Ersparnis kleinerer Summen zu geben, wie um die aus Verlegenheit zu retten, die bisher das Handwerk nicht selten dem Bucher in die Hände trieben oder wenigstens dem en gros Händler dienstbar machte; anderseits aber liegt die Besorgniß nahe, daß der Geldbedarf in keinem Verhältniß zu den vorhandenen Mitteln stehen wird und die geringe Zahl der Capitalisten darunter leiden. Für diese gab es nur zwei Wege; entweder sie müßten dem Vereine beitreten, um in den Vorstand gewählt, die Reellität der einzugehenden Geschäfte selbst überwachen zu können, oder wenn sie der Sache dienen wollten, ohne die solidarische Verpflichtung zu übernehmen, müßten sie dem Verein eine gewisse Summe zur Nutzung überlassen, ohne das Recht der Mitgliedschaft zu beanspruchen. Diese letzte Forderung jedoch wurde gestellt, natürlich aber von den leitenden Comitémitgliedern zurückgewiesen. Diese schritten nun ohne weiteres zur Constituierung des Vereins, nach den Umständen viel zu eilig. Die erhobene Streitfrage hätte sich bei einer späteren Generalversammlung wohl auf die eine oder andere Art ausgleichen lassen; man war nicht vorbereitet. Aus denen, die sich unterschrieben, wurde sogleich der Vorstand gewählt; aus demselben waren also diejenigen, welche sich nicht augenblicklich beteiligten, oder zufällig an jenem Abend nicht zugegen waren, ausgeschlossen, ohne Zweifel nicht zum Vortheil eines Vereines, der vor allem Geldgeschäfte zu machen bestimmt ist. Mit dem 1. Mai soll seine Wirksamkeit beginnen; hoffentlich wird sie mit der Zeit nicht ohne Segen sein.

## Handels-Beitung.

W.B.T.) Telegraphische Depeschen der Danziger Beitung.

Berlin, 8 April, 2 Uhr 27 Minuten, angekommen 3 Uhr 30 Minuten Nachmittags.

Noggen steigend, loco 41½, Frühjahr 40½, Juni-Juli 41½.

Spiritus fest, 19 Br., Rübel 13 Br.

Die Fondsbörse war sehr flau, auch Preußische Pa-

piere matter. — Staatschuldscheine 84. — Preuß. 4½ p.c.

Auseilbe 99½. — Westpreuß. 3½ p.c. Pfandscheife 80½. — Fran-

zosen 139½. — Noddeutsche Bank 79½. — Österreichische Na-

tional-Auseilbe 67½.

Hamburg, Donnerstag 7. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minu-

ten. Anfangs fest, gegen Ende matt. — Getreidemarkt, geschäftlos.

Del. 7. April 23½, 7. October 23½. Kaffee sehr fest, da die Post

die telegraphischen Berichte vollständig bestätigt. Bink stille.

London, Donnerstag 7. April, Nachmittags 3 Uhr. Silber 62½.

Consols 95½, 1% Spanier 30%, Merikaner 21½. Tarnier 81. 5%

Russen 110. 4½% Russen 99½. Die Dampfer „North Britton“ und

„City of Washington“ sind von Newyork eingetroffen.

Liverpool, Donnerstag 7. April, Mittags 12 Uhr. Baumwolle:

7000 Ballen Umsatz. Preise theilweise 1 billiger als vergangenen Freitag.

Wien, Donnerstag 7. April, Abends 7 Uhr. An der heutigen

Abendbörse herrschte eine flache Stimmung. Kreditaktien 184.00, Staats-

bahn 235.30, Nordbahn 165.10, Nationale 76.40. Es hieß daß die

Nordbahn im vergessenen Monat eine Mehreinnahme von 250.000 Fl.

habe.

## Producten-Märkte.

\* Danzig, 8. April 1859. Bahnpreise

Weizen 118/126—124/136½ nach Dual. von 50/65—85/90 Ipx.

Noggen 124—130½ von 44—48 Ipx, im Detail bis 48½—49½ Ipx.

Erben von 65—70/75 Ipx.

Gerste 100/106—110/118½ kleine und groÙe nach Qualität von

34/37—42/48 Ipx.

Hafer von 30—35 Ipx.

Spiritus 15½ Ipx bezahlt.

Getreidebörse. Wetter: sehr schön und warm. Wind Süd.

38 Lasten Weizen sind heute bei übrigen matter Stimmung verkauft,

und zahlte man, ziemlich im früheren Verhältniß, für 127/80 Sommer-

½ 396. 128½ dunt, ziemlich gesund, Ipx. 438, 128/90 recht hell, ge-

sund Ipx. 450.

Roggan mit 47½—48½ Ipx pr. 130½ bezahlt. — 50 Lasten sind

auf Juni-Juli-Lieferung zu Ipx. 286 pr. 130½ gekauft.

71½ Hafer pr. 30 Ipx pr. Schfl.

Spiritus mit 15½ Ipx bezahlt.

\* Königsberg, 7. April. Wind SW. + 3°. Weizen unverän-

det, loco hochunter 128—134½ 75—85 Ipx. B., 131—134½ 80—

82½ Ipx. bez., bunter 126—134½ 70—80 Ipx. B., 127—131½ 73—

78 Ipx. bez., rother 128—134½ 70—78 Ipx. B., 129—130½ 71 Ipx. bez. — Roggen unverändert, loco 118—122½ 42—43 Ipx. B., 119—122½ 38½—43 Ipx. bez., 123—126½ 44—46 Ipx. B., 123—126½ 43½—46 Ipx. bez., 127—130½ 47—50 Ipx. B., April 120½ 43 Ipx. B., 42 Ipx. B., Mai 44 Ipx. B., 43 Ipx. G., 125½ 45 Ipx. bez., Juni 44 Ipx. B., 43 Ipx. G., Juli 44 Ipx. B., 44 Ipx. G., 45 Ipx. bez., August 45 Ipx. B., 44 Ipx. G., Septbr. Octbr. 45½ Ipx. B., 44½ Ipx. G. — Gerste flau, loco groß 105—115½ 40—48 Ipx. B., klein Maß. 98—108½ 40—45 Ipx. B., 99—107½ 38—45 Ipx. bez., Futter 95—110½ 37—43 Ipx. B., — Hafer schwer verläufig, loco 68—80½ 30—36 Ipx. B., 78—79½ 33 Ipx. bez., — Erben flau, loco, loco weiße Roth. 65—75 Ipx. B., Futter 55—60 Ipx. B., 56 Ipx. bez., graue 80—110 Ipx. B., grüne 70—80 Ipx. B., 75—80 Ipx. B., — Bohnen loco 65—70 Ipx. B. — Böden ohne Frage 75—90 Ipx. B. — Leinfaun loco seine 112—118½ 85—110 Ipx. B., mittel 108—112½ 75—82 Ipx. B., 109½ 67 Ipx. bez. ord. 100—110½ 55—65 Ipx. B.

Kleesaat loco rothe 70 24—51 Ipx. B., weiße 6—9 Ipx. B. Spiritus pr. 9600 % Tr. ohne Geschäft, loco ohne Fass 16½ Ipx. B., 15% Ipx. G., Frühjahr incl. Fass 18 Ipx. B., 17½ Ipx. G., August 19½ Ipx. B., 19 Ipx. G. Stettin, 7. April. (Ostf.-Btg.) Wetter warm. Wind NW. Temperatur Mittags + 13°.

Weizen behauptet, loco feiner gelber Borpomm. 85½ 64 Ipx. bez., 83/85½ gelber Frühjahr 58½, 59 Ipx. bez. und Br., Mai-Juni 60½ Ipx. Br., Juni-Juli 61½ Ipx. Br. Roggen anfangs höher, spätest matt, loco 77½ 38½ Ipx. bez., 77½ Frühjahr 39, 38½ Ipx. bez., Mai-Juni 39½ Ipx. bez., 39½ G., Juni-Juli 40½, 40 Ipx. bez. u. G., Juli-August 41 Ipx. bez.

Gerste obne Handel. Hafer, loco 50½ 30 Ipx. am Wassermarkt bez., Frühjahr 47,50 Ipx. exel. Pr. und Pol. 29½ Ipx. bez.

Rübel nahe Termine fest. Herbst matt, loco 13 Ipx. bez., April-Mai 12½ Ipx. bez., September-October 12½ Ipx. bez. u. G., 12½ Ipx. bez., 12½ Ipx. bez., September-October 12½—12½ Ipx. bez.

Spiritus ansangs fest, schließt matter, loco ohne Fass 18½ % B., Frühjahr 18½ % bez. u. Br., Mai-Juni 18½ % B., Juli-August 17½ % G., 17½ % B.

Leinölf matt, loco incl. Fass 11½ Ipx. Br., Frühjahr 27½—27½ Ipx. bez., Mai-Juni 28—27½ Ipx. bez., Juni-Juli 28½ Ipx. bez.

Rübel loco 13½ Ipx. April-Mai 12½ Ipx. bez., 12½ Ipx. B., 12½ G., April-Mai 12½—12½ Ipx. bez., 12½ Br., 12½ G., Mai-Juni 12½—12½ Ipx. bez., 12½ Br., 12½ G., September-October 12½—12½ Ipx. bez.

E. Woite, J. Rung, Güter, Berlin, Elbing,  
C. Schlegel, do. do. Danzig.  
F. Grasnick, Mehl, Bromberg, Frankfurt.

Den 7. April.  
A. Königsberger Roggen, Branszeyk, Berlin,  
C. Schneider, Weizen, Graudenz, do.  
F. Große, A. Klose, Roggen, Bromberg, do.

Thor, den 7. April. Wasserstand 4° 10'.

Stromab:  
Chr. Krüger, G. Küller, L. Halpern, Breslauer, Danzig, 81 L. Rogg.  
F. Ludwig, L. Putermann, Breslauer, Danzig, 28 L. Rog. 12 Erbs.  
Ferd. Kempf, v. Ossolinski, Kremmin, do. 32 L. Roggen.  
Fr. Ristau, Goldwasser, Grudek, do. 15 L. Rog. 17 Erbs.  
J. Komrau u. C. Herm. Meyer, Klimenycz, do. 178 L. Roggen.  
Fr. Liebisch u. C. derselbe, Warschau, Stettin, 181 do.  
C. Janick, J. Wertheim, do. 36 do.  
Summa — L. Weizen, 552 L. Roggen.

Schleuse Plenendorf, 6. April.  
Passirt sind: a. Stromauf:  
E. Streblau, F. Voigt, F. Dreher, M. Rosiowski, W. Senke, C. Gräber, C. Schel, K. Burnitz mit:  
482 Cr. Eisen, 280 Cr. Stückgut, 57½ L. Rutschholzen, 43 Last Coaks, 200 Stück Chamotsteine.

#### Briefkasten.

M. B. Bitte um Fortsetzung. D. R.



Von Montag den 11. ab beginnen die regelmäßigen Fahrten der Dampfsboote Julius Dorn u. Linau zwischen Elbing u. Danzig.

Jeden Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend geht ein Dampfboot von Elbing und an denselben Tagen auch von Danzig ab. — Abfahrt präzise 7 Uhr Morgens.

Empfangnahme und Auslieferung von Gütern erfolgt am brausenden Wasser in der Remise des Herrn Zende. — Nach Königsberg bestimmte Güter werden ebenfalls über Elbing befördert und zwar so, daß in Elbing keine Überladungskosten entstehen. — Anmeldungen werden bei Herrn Julius Retz-Laff, am Fischmarkt Nr. 15, so wie bei den Unterzeichneten entgegengenommen. —

Die Expedition der Elbinger Dampfsboote Bollerstädt, Pischky & Co., [3529] Hundegasse 57.

#### Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt.

Zum Abschluss von Versicherungen aller Art in der Stadt und auf dem Lande ist bevollmächtigt

der General-Agent

Alfred Reinick,

Hundegasse No. 90.

#### Düsseldorfer Allgem. Versicherungs-Gesellschaft für See-, Fluss- u. Land-Transport.

Zum Abschluß von See-, Fluss- und Landtransport-Versicherungen zu mäßigen festen Prämien empfiehlt sich bestens die Haupt-Agentur

Ad. Pischky,

Firma: Bollerstädt, Pischky u. Comp.

Danzig, Hundegasse 57.

Auch nehmen Strom-Versicherungs-Anträge entgegen die Agenten Hrn. Ph. Lebenstein, Dirschau, Wm. Chr. Jackstein, Marienburg,

M. Seeligsohn, Marienwerder, A. Mairsohn, Culm,

C. A. Guicksch, Thorn, A. C. Tepper, Bromberg, Hermann Schleiß, Rost.

#### „UNION.“

See- u. Fluss-Versicherungs-Gesellschaft in STETTIN.

Diese Anstalt übernimmt die Assekuranz gegen See-Gefahr, sowie gegen Strom-Gefahr unter sofortiger Ausfertigung der Polices, durch den Haupt-Agenten

ALFRED REINICK, [3433] Hundegasse 90.

In 2. stark verbesserten Auflage erschien und traf bei uns ein:

Ernst Schick, Lehrer der Kaufmännischen Wissenschaft, in Leipzig) Nischenbuch für das Geschäftsleben mit zahlreichen Übungsaufgaben und deren Ansätzungen. Zum Gebrauch für Lehrer und zum Selbstunterricht. Nach den neuesten Münz-, Maß- u. Gewichtsbestimmungen.

#### Léon Saunier,

Buchhandlung f. deutsche u. ausländische Literatur in

Danzig, Stettin u. Elbing.

Beim Beginn des neuen Schul-Semesters erlangt sich der Unterzeichnete sein vollständiges Lager aller in hiesigen und auswärtigen Schulen eingeführten

Schulbücher, Alsatianen ic. ic.

in dauerhaften Einbänden zu empfehlen.

L. G. Homann,

Buchhändler, Jopengasse 19.

an Ordre.

Saling.

an Ordre.

do.

b. Stromab:  
A. Groß, C. Krey, A. Gräfe, M. Albrecht, A. Riesen mit:  
17½ Last Weizen, 11 L. Roggen, 3½ Last Hafer, 800 Cr. Stroh, 8 Schock Stroh.

#### Memeler Schiffs-Liste.

Angekommen:

6. April. Emma, Brunn, Copenhagen.

6. April. Maria, Ausgegangen: Siedeberg, Stettin.

#### Fonds - Vörse.

Königsberg, 7. April. Ducaten 93 G., Rubel nene — B. 30% G., do. alte — B. 30½ G. Imperial 162 G. Politisch Kling. Courant — G. Silber-Rub. in Polnischen Banknoten — B. 29½ G. Ostpreußische Pfandbriefe 3½ % 82½ B., 81½ G., do. 300 Thlr. und darunter 82½ B., 81½ G. Königsberger Stadt-Obligationen 4½ % — do. 32½ 75½ B., do. Bran-Obligationen 68½ G. Aktien der Königsberger Privatbank 4½ 82½ B., 81½ G. Preuß. Rentenbriefe 4½ — B. 91½ G., do. kleine 4% 93½ B. Kreis-Obligationen 5½ 94 B. — G.

Wechsel-Course: London 3 M. 1853, Amsterdam 71 T. 101½.

Hamburg 9 B. 45½ Berlin 2 M. 99½ 3 M. 99.

St. Petersburg, 1. April. London, 35½. 36½. Amsterdam 175½. 177. Hamburg, 31½. 31%. Paris, 375. 378.

## „THURINGIA“ in Erfurt

als

#### Feuer-, Lebens- und Transport-Versicherungs-Gesellschaft.

Grund-Capital: Drei Millionen Thaler Preuß. Courant.

Concessioniert unterm 19. September 1853.

Die Gesellschaft versichert bewegliche Gegenstände aller Art gegen Feuerschaden, sowohl in Städten als auf dem Lande.

Die Lebensversicherungs-Geschäfte der Gesellschaft erstrecken sich auf Capital-, Renten-, Sterbefallen und Sparkassen-Versicherungen, für den Lebensfall, Passagier- und Eisenbahnbemalten-Versicherungen, Kinder- und Altersversorgungen in den mannigfältigsten Formen.

Bei den Transport-Versicherungen, welche zur See, per Fluss, per Eisenbahn oder Frachtwagen geschlossen und die Polices von der unterzeichneten Hauptagentur ausgestellt werden, sind die General- oder Abonnementspolices der Gesellschaft für Fabrikanten, größere Kaufleute und Spediteure besonders vortheilhaft eingerichtet.

Die Bedingungen der „THURINGIA“ sind liberal, die Prämien äußerst mäßig und fest, so daß die Versicherten niemals Nachzahlungen zu leisten haben.

Anträge nimmt entgegen und ertheilt jede gewünschte Auskunft mit Bereitwilligkeit

die Haupt-Agentur Danzig

#### L. Biber,

Firma: Biber & Henkler,

Brodtkunkengasse 13,

sowie nachstehende Spezial-Agenten:  
in Christburg Hr. Meyer, Kreisgerichts-Secr. in Marienburg Hr. G. Andersen, Hotelbes.  
„Deutsch-Cylau“ Pritzel, Maurermeister, „Mewe“ Zander, Kreisger.-Secr.  
„Dirschau“ Morgenroth, Kämmerer, „Neufahrwasser“ Carl Hoppe, Kaufmann.  
„Elbing“ David Gabriel, Kaufmann. „Neustadt“ Louis Alslieber, Gastw.  
„Freistadt“ Greifelt, Brauerbesitzer, „Wukig“ Gosierowski, Steuererheb.  
„Garnsee“ Theobald Glashagen, „Nienburg“ Nürnberg, Kreisger.-Secr.  
„Graudenz“ Apotheker, „Nosenberg“ Rosenberg, Gastwirth,  
„Grebinerfeld“ Robert Gaglin, Kaufm. „Pr. Starckardt“ Julius Weick, Gastwirth,  
„Marienwerder“ Grebinerfeld, Chr. Zimdars, Hofbesitzer, „Stubn“ J. Werner.  
Patzki, Vermessungs-Rev. „Tiegenhoff“ W. Giesbrecht jun. [3369]

## D. H. DANIEL in Berlin,

Oberwallstr. No. 12 und 13, Ecke der Jägerstr., 1 Treppe,

empfiehlt den Hrn. Wiederverkäufern sein vollständig sortirtes Engros-Lager der neuesten

#### Frühjahrs-Mäntel und Mantillen

zu festen Fabrikpreisen von 2 bis 25 Thaler. [3072]

Kunst-Ausstellung und Verkauf von Original-Oelgemälde-Düsseldorf Schule in dem unnt. Saale d. Gewerbehause von Sonntag, den 10. April ab.

Für die Rechtheit der Originalität wird Garantie geleistet. [3436]

#### W. HAGEN.

Die fortwährend im Auslande höher gehenden Caffee-Notizen nötigen uns, bei Detail-Verkäufen, b.s auf Weiteres, folgende Preise festzustellen:

Java	9	do.
Santos	8	do.
Rio	7	do.

Danzig, 6. April 1859.

F. W. Schröder.	F. A. Durand.
J. E. Schulz & Co.	F. G. Kiewer.
G. Benke.	Robert Hoppe.
A. v. Tadden.	E. H. Nötzel.
Ludwig Borkat.	J. G. Amort.
A. Fast.	C. L. Mampe.

H. W. Scheffler.	J. Skoniecki.
Wilh. Skoniecki.	H. H. Krebs.
L. A. Janke.	Heinr. v. Bühren.
Friedr. Skoniecki.	H. A. Hesse.

J. C. v. Steen.	A. H. Hoffmann.
-----------------	-----------------

[3409]

Unser vollständig sortirtes Pa- ger von Bleiweiß, Zinf- weiß, Zinkgrau, Zinfelb, sämtlichen Maler- u. Man- nerfarben, trocken und in Fir- niß gerieben, ölichen und spiri- tuösen Lacken, Firnißen, Delen, Pinseln aller Art ic. ic. empfehlen wir zu den billig- sten Preisen.

#### Jordan & Nollner

[3451] Hundegasse 119.

#### E. A. LINDBERG,

Comptoir: Jopeng. 66,

empfiehlt bei der wieder beginnenden Bau-Saison sein Engros-Lager von [3530]

ächtem Patent Portland-Cement von Robins und Co. in London, natürlichem Asphalt, Goudron, Steinohlen- und Holztheer, Steinohlenpech, Mastix-Cement, Harz, engl. Chamoisteine, feuerfestem Thon, Trass, asphalt. Dachpappe, engl. Patent-Asphalt-Dachfiz, engl. Dachschiefer, Schieferplatten, engl. glasirten Thonröhren, geprefzten Bleiröhren, Steinkohlen, Dachglas, Glas-dachpfannen, Fensterglas ic.

Mein neu aufgesetztes Billard

nebst Preßner Waldschlößchen, Dack- und Hairisch Dier

empfiehlt zur geneigten Beachtung

L. A. Zimmermann,

Langenmarkt 8. [3440]

Berlin, 7. April.

Staatsanl. 56 — B. 99½ G.

do. 53 — B. 93½ G.

Staatsschuldch. 84½ B. 84 G.

Staats-Pr.-Anl. 115½ B. — G.

Ostpreuss. Pfandbr. — B. 81½ G.

Pommersche do. 85½ B. 85 G.

Posensche do. 4% — B. 98½ G.

Westpr. do. 3½ — B. 80½ G.

do. 4% 90 B. 89½ G.

Pomm. Rentenbr. 93 B. 92½ G.

Posensche do. 90½ B. 90½ G.

Preuss. do. — B. 91½ G.

Preuss. Bank-Anth. 138½ B. 137½ G.

Danziger Privat. 82½ B. — G.

Königsberger do. 82½ B. 81½ G.

Posensche do. 80 B. 79 G.

Disc.-Comm.-Anth. 96½ B. 95½ G.

Staatsanl. 50/52/55/57 100½ B. 99½ G.

Wechsel-Cours vom 7. April: Amsterdam furz 142½ B. 142½ G.

G., do. do. 2 Mon. 142½ B. 141½ G. Hamburg furz 152½ B. 151½ G.

G., do. do. 2 Mon. 151½ B. 150½ G. London 3 Mon. 6,19½ B.

6,19½ G. Paris 2 M. 79½ B. 79½ G. Wien, österr. Währung

8 Tage 90½ B. 90½ G. Petersburg 3 Wo. 99½ B. 98½ G.

Weine Haarschneide-Salons, sowie mein Lager in Parfümerien, Büsten, Kämme ic. bringe in geneigte Erinnerung.

Louis Willdorff, Friseur,